

Rede von Oberbürgermeisterin Henriette Reker anlässlich der Eröffnung der dbb Jahrestagung am 8. Januar 2024 in Köln-Deutz

Es gilt das gesprochene Wort!

Lieber Ulrich Silberbach, sehr geehrter Herr Geyer,
sehr geehrter Herr Staatssekretär Krösser,
liebe Gäste,

ich freue mich wieder sehr, Sie heute persönlich in Köln begrüßen zu können und wünsche Ihnen für das neue Jahr vor allem Gesundheit, Glück und Erfolg!

In den Gesprächen mit Kölnerinnen und Kölnern begegnet mir immer wieder die Frage, wann denn die Zeit der Krisen einmal ein Ende haben könne. Erst Corona, dann Krieg in der Ukraine, dann Inflation und Krieg in Israel – und über allem schwebt die Klimakrise, für deren Bewältigung unsere Aufmerksamkeit nicht schwinden darf, denn die Grundlagen unseres Lebens auf diesem Planeten sind in Gefahr.

Die Krise ist jetzt der Normalzustand. Wir werden akzeptieren müssen, dass die Phase der Sicherheit und des Wohlstands, der Planbarkeit und der Gewissheiten, die wir in den vergangenen gut 30 Jahren genießen durften, vorüber ist. Auch unser demokratisches System ist in Gefahr.

Die Demokratie ist nicht krisenanfälliger als andere Systeme. Ihr offener Charakter aber macht Krisen schneller sichtbar.

Die Demokratie ist sogar krisenfester, denn sie lebt nicht von der Machtfülle der Oberen, sondern wird getragen von den Bürgerinnen und Bürgern. Die Demokratie selbst also ist unser bestes Instrument, um die Phase der Krisen zu überstehen.

Und ja, wir müssen anerkennen, dass zwischen Erwartungshaltung an den Staat und Leistungsniveau des Staates inzwischen eine Lücke entstanden ist. Wenn die arbeitende Mitte auf den Gehaltszettel schaut, während sie am Bahnsteig auf den verspäteten Zug wartet oder wenn mal wieder die Einsatzbereitschaft unserer Bundeswehr diskutiert wird, dann ist der Unmut verständlich. Ich meine: Diese Lücke ist inzwischen so eklatant, dass daraus eine Legitimitätsfrage für unseren Staat geworden ist. Wir sehen es an den Wahlerfolgen von Kräften, deren Markenzeichen Pessimismus und die Ablehnung unseres Systems sind. Wir sehen auch, mit Blick auf die derzeitigen Proteste von Teilen der Landwirtschaft, dass die Unzufriedenheit der Mitte der Gesellschaft als Vehikel für Extremisten genutzt wird.

Unser Bundeskanzler hat die Zeitenwende ausgerufen, dabei aber nicht ausreichend deutlich gemacht, dass alle, von Bund bis Kommune, den Gürtel enger schnallen müssen.

Zeitenwende aber bedeutet auch:

Um das Notwendige zu sichern, wird nicht länger alles Wünschenswerte machbar sein. Wir müssen Prioritäten setzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, entgegen der häufig geäußerten Meinung bin ich davon überzeugt, dass der Öffentliche Dienst und insbesondere die Kommunen in Deutschland in jeder Hinsicht dazu geeignet sind, neue Prioritäten umzusetzen. Die Kommunen haben eindrucksvoll bewiesen, dass sie keine Opfer der Umstände sind. Sie waren und sind diejenigen, die den Alltag organisieren in Zeiten von Pandemie, Energiekrise, Inflation und Krieg in Europa. Die Menschen in Deutschland können sich auf ihre Städte, Kreise und Gemeinden und, das möchte ich betonen, auf ihre Bediensteten verlassen.

Bitte erlauben Sie mir, dass ich die Gelegenheit nutze, die Notwendigkeit einer Zeitenwende im Verhältnis zwischen Kommunen, Bund und Ländern mit drei Forderungen zu hinterlegen.

Erstens: Auch die Kommunen werden den Gürtel enger schnallen und Prioritäten setzen müssen. Nicht akzeptabel aber ist es, wenn die Prioritätensetzung für die Kommunen durch Land und Bund erfolgt. Die Finanzausstattung der Kommunen muss auf neue Füße gestellt werden.

Wir brauchen höhere kommunale Anteile an Einkommens- und Umsatzsteuern. Viele Kommunen sind finanziell von der

Gewerbesteuer abhängig – einer der volatilsten Steuern überhaupt. Dieser Umstand geht deutlich zu Lasten der Krisenfestigkeit der Städte und Gemeinden und muss beendet werden. Ich habe diese Forderung bei den vergangenen Jahrestagungen bereits platziert und werde sie nennen solange Handlungsbedarf besteht.

Zweitens: Auch das ist leider nicht neu – ich freue mich über jede Förderung, die eine Kommune von höherer Ebene erhält. Abertausende einzelne Förderprogramme von EU, Bund, Ländern oder anderen Akteuren bedeuten einen bürokratischen Mehraufwand, der den Nutzen von Förderprogrammen zunehmend einschränkt. Ich fordere daher höhere Globalbudgets für Kommunen statt immer neuer Förderprogramme. Auch hier gebietet der Respekt von starken Kommunen eine kleine Zeitenwende. Der Wildwuchs bei den Förderkulissen bedeutet die schleichende Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung, denn die freiwilligen Ausgaben der Kommunen richten sich immer stärker nach Fördermöglichkeiten und immer weniger nach den tatsächlichen Bedürfnissen vor Ort.

Drittens: Der Tarifdschungel zwischen den Behörden passt nicht länger in unsere Zeit. Köln ist einer der wichtigsten Standorte des Öffentlichen Dienstes überhaupt.

Große EU-, Bundes- und Landesbehörden haben hier ihren Sitz und beschäftigen mehrere Zehntausend Menschen – alle im öffentlichen Dienst, alle mit den gleichen Lebenshaltungskosten einer Millionenstadt. Nur die Bezahlung ist nicht die Gleiche. Das enge Korsett, das der Stadt Köln bei der Vergütung ihrer Bediensteten und Beschäftigten angelegt ist, gilt in der Form etwa für den Bund nicht. Immer wieder verlieren wir kluge Köpfe an andere Behörden im Stadtgebiet. Mit Maßnahmen aus der neuen Welt des Arbeitens und mit der Stärkung der Arbeitgebermarke allein kommen wir nicht ausreichend weiter. Wir brauchen auch hier ein Umdenken.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn die Kommunen funktionieren, dann sinkt das Frustpotential, dann steigt die Zustimmung zur Demokratie und die Akzeptanz politischer Maßnahmen in der Bevölkerung. Starke Kommunen sind das Bollwerk gegen Populismus und Demokratiemüdigkeit. Die Kommunen und ihre etwa 1,6 Millionen Beschäftigten haben in Ihnen, lieber dbb, einen Fürsprecher. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie die Herausforderungen der Bediensteten und der Kommunen immer wieder in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. Ich wünsche Ihnen gute Beratungen.